

## Nationalratswahl 2019

### Positionen der bundesweit antretenden Parteien zu tierschutzpolitischen Themen

Antwortmöglichkeiten: Ja/Nein/keine eindeutige Position->k.e.P./keine Angabe->k.A.

Die Parteien wurden gebeten, bei Fragen, die sie mit „Ja“ beantwortet haben, auch zu begründen und zu erläutern, welche konkreten Schritte dazu unternommen werden – siehe Anmerkungen (ab Seite 4).

	SPÖ	ÖVP*	FPÖ	GRÜNE	NEOS	JETZT	KPÖ	WANDL
<b>ÜBERGREIFENDE TIERSCHUTZTHEMEN</b>								
1. Spendenabsetzbarkeit für Tierschutzorganisationen ohne Tierheim	Ja	k.A.	k.e.P.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2. Generelles Tierverbot in Zirkussen	Ja	k.A.	Nein	Ja	Nein	Ja	k.e.P.	Ja
<b>SCHUTZ EINZELNER TIERARTEN</b>								
<b>II. Nutztiere</b>								
<b>1. Schweinehaltung in Österreich</b>								
a) Ausstieg aus der betäubungslosen Ferkelkastration	Ja	k.A.	k.e.P.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
b) Verbot von Vollspaltenböden	Ja	k.A.	k.e.P.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
c) Schritte zum Ausstieg aus Kastenstand bei Sauen geplant	Ja	k.A.	k.e.P.	Ja	k.e.P.	Ja	Ja	k.A.
2. Reduktion und Verbot von Tiertransporten in Drittländer	Ja	k.A.	k.e.P.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja

	SPÖ	ÖVP*	FPÖ	GRÜNE	NEOS	JETZT	KPÖ	WANDL
3.Herkunfts- und Haltungskennzeichnung von Produkten tierischen Ursprungs								
a) Eier: Verpflichtende Haltungs- und Herkunftskennzeichnung in Gastronomie und verarbeiteten Produkten	Ja	k.A.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
b) Fleisch und Milch: Verpflichtende Haltungs- und Herkunftskennzeichnung im Lebensmitteleinzelhandel sowie Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie	Ja	k.A.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4. Öffentliche Beschaffung tierischer Produkte an Tierwohlstandards knüpfen	Ja	k.A.	k.e.P.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
<b>III. Heimtiere</b>								
1. Online Inserate von Welpen nur noch von identifizierten Anbietern und bessere internationale Rückverfolgbarkeit und Zusammenarbeit	Ja	k.A.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2. Zuchtverbot von Qualzuchtrassen und klare Umsetzungsmaßnahmen für den Vollzug	Ja	k.A.	k.e.P.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja

	SPÖ	ÖVP*	FPÖ	GRÜNE	NEOS	JETZT	KPÖ	WANDL
<b>IV. Wildtiere</b>								
1. Gesetzliche Kennzeichnungspflicht für Pelzprodukte nach Schweizer Modell	Ja	k.A.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
<b>V. Pferde</b>								
1. Verbot von Kutschfahrten in innerstädtischen Gebieten	Nein	k.A.	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja



## Anmerkungen (Selbstauskunft der Parteien)

### Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ):

Frage I.1.: Ja.

Frage I.2: Ja. Immer dort, wo Tierleid passiert, muss eingegriffen werden.

Frage II.1.a): Ja. Wir werden uns weiterhin für den Ausstieg einsetzen.

Frage II.1.b): Ja, – hier braucht es zwar eine Übergangsfrist, um kleinen und mittleren Betrieben den Übergang zu ermöglichen. Wir plädieren dafür, diese Betriebe mit finanziellen Mitteln aus den Töpfen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) so zu unterstützen, dass diese Übergangszeit möglichst kurzgehalten werden kann und den kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben der Umstieg erleichtert wird.

Frage II.1.c): Ja, die Förderkulisse der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ist so aufzusetzen, dass landwirtschaftliche Betriebe in mehr Tierwohl investieren.

Frage II.2.: Ja. Schlachttiere sollen nur so weit, als unbedingt erforderlich transportiert werden. In einem aktuellen Parlamentsantrag fordern wir für Österreich einen Tiertransporte-Reduktionsplan, um Tiertransporte zu reduzieren und Wegstrecken zu kürzen. U.a. soll das derzeitige System einer Gesamtanalyse unterzogen werden – dies inkludiert auch die Frage des Transports von Zuchttieren, LandwirtInnen darin beraten werden, wie sie mit möglichst wenigen und kurzen Tiertransporten wirtschaften können. Außerdem müssen die Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) dafür eingesetzt werden, dass es zu mehr Tierwohl europaweit kommt, wozu auch die Förderung der regionalen Vermarktung, der möglichst stressfreien Schlachtung und die verstärkte Förderung der Biolandwirtschaft gehört. Wir verlangen im Zusammenhang mit Tiertransporten mehr Straßenkontrollen, und den europaweiten Entzug der Lizenz für Tiertransporte, wenn ein Unternehmen mehr als zwei schwere Verstöße gegen die Transportvorschriften setzt.



Frage II.3.a): Ja, weil wir es wichtig finden, dass die VerbraucherInnen genau nachvollziehen können, welche Art von Eiern in den Produkten verarbeitet wurden und welche Form der Hühnerhaltung sie durch den Kauf unterstützen.

Frage II.3.b): Ja, weil verpflichtende Informationen eine bewusste Kaufentscheidung erleichtern. Das verbessert die Wettbewerbsposition der Betriebe, die in tierfreundlichere Haltungsbedingungen investieren. Dazu gehört auch die genaue Kennzeichnung, ob Tiere mit gentechnisch veränderter Nahrung gefüttert wurden. Aber: die Verantwortung für das Tierwohl allein in der Kaufentscheidung der VerbraucherInnen zu sehen wäre weder fair noch kann es der einzige Lösungsweg sein. Tiergerechte Lebensbedingungen müssen auch durch den Gesetzgeber geschaffen werden, durch eine kluge Förderpolitik, die landwirtschaftlichen Betrieben auch ermöglicht, entsprechende Investitionen zu tätigen und braucht Investition in Bewusstseinsbildungsmaßnahmen.

Frage II.4.: Ja, weil wir damit den heimischen Bio-Landbau wirksam unterstützen können. In den SPÖ-geführten Bundesländern wird in den öffentlichen Einrichtungen bereits mehr und mehr auf regionale Bio-Kost umgestellt.

Frage III.1.: Ja. Der illegale Welpenhandel ist Tierquälerei und stellt auch für die Tiergesundheit insgesamt eine Gefahr da.

Frage III.2.: Ja, weil sich herausgestellt hat, dass die Verwaltungsebene detailliertere Grundlagen für den Vollzug benötigt.

Frage IV.1.: Ja, weil wir wollen, dass VerbraucherInnen eine bewusste Kaufentscheidung treffen können.

Frage V.1.: Nein. Die gesetzlichen Grundlagen werden laufend evaluiert und den sich ändernden Bedingungen ständig angepasst. Zuletzt wurden in Wien zahlreiche Verbesserungen zum Wohl der Pferde beschlossen. Verstöße werden strengstens geahndet und ziehen empfindliche Geldstrafen und in schwereren Fällen auch den Konzessionsentzug nach sich.



### Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ):

Frage I.1.: Keine eindeutige Position, weil Das Steuerrecht ist durch unzählige unsystematische Ausnahme- und Sonderbestimmungen belastet, welche es zu entrümpeln gilt. Dabei muss jedoch auf die Einheitlichkeit des Systems Bedacht genommen werden, sodass die Frage ob Organisationen wie VIER PFOTEN in den Kreis begünstigter Institutionen gem. §4a Abs. 4 Einkommensteuergesetz aufzunehmen sind in einem breiteren Kontext diskutiert werden muss.

Frage I.2: Nein, weil Hier müssen das Für- und Wider genau abgewogen und selbstverständlich die geltenden gesetzlichen Haltungsbestimmungen (1. und 2. Tierhaltungsverordnung) eingehalten werden. So spricht aus unserer Sicht unter Gewährleistung der artgerechten Haltung nichts gegen die Haltung von Tieren in Zirkussen.

Frage II.1.a): Keine eindeutige Position, weil Österreich nimmt im Bereich des Tierschutzes eine Vorreiterrolle ein. In keinem anderen Land gab es in den letzten Jahren dermaßen viele Anpassungen, um das Tierwohl zu verbessern - sei es im allgemeinen Bereich, aber auch speziell im Bereich der Landwirtschaft. Jedoch gibt es nach wie vor Praktiken, die sehr umstritten sind und heiß diskutiert werden. Auch die betäubungslose Ferkelkastration ist ein großes Thema und so wird auch seit Jahren über neue – tierschutzkonformere – Praktiken diskutiert, wobei bis dato keine Lösung gefunden wurde. Dazu ist auch noch anzumerken, dass die Diskussion sich nicht nur auf Österreich beschränkt, sondern im ganzen europäischen Raum auf der Tagesordnung steht. Eine Lösung im Sinne von mehr Tierschutz ist aus unserer Sicht anzustreben, jedoch muss diese auch von der Landwirtschaft getragen sowie umsetz- und anwendbar sein. Überstürzte Verbote, welche nicht mit allen Beteiligten und Betroffenen besprochen und ausdiskutiert wurden und ohne Bereitstellung von Alternativen, sind nicht hilfreich und würden so auch nicht zu mehr Tierschutz führen.

Frage II.1.b): Keine eindeutige Position, weil... ...wir hier ebenfalls gegen übereilte Verbote sind. Was die Problematik der Spaltenböden betrifft, so sind wir für eine Erörterung dieser Problematik im zuständigen Ausschuss des Nationalrates, zumal diese Frage so komplex ist, dass sie mit Experten ausgiebig beraten werden sollte. Jedenfalls treten wir dafür ein, dass bei all diesen Fragen auch die Interessen der österreichischen Bauern zu berücksichtigen sind, damit Landwirtschaft und Tierschutz harmonisch einhergehen, denn nur so kann nachhaltig für mehr Tierwohl gesorgt werden.

Frage II.1.c): Keine eindeutige Position, weil Durch die Novellierung der 1. Tierhaltungsverordnung im Jahr 2012 gelten für die Sauenhaltung ab dem Jahr 2033 tierschutzkonformere Haltungsauflagen. Da aber bis zu diesem Zeitpunkt wenig Alternativen bekannt waren, wurde das Projekt „Pro-Sau“ eingerichtet, um durch eine entsprechende Forschungs- und Entwicklungsphase alternative Verfahren sowie Adaptierungen der Abferkelsysteme im Sinne des Tierschutzes auf den Weg zu bringen. Derzeit sind die entwickelten Systeme durch die Fachstelle für tiergerechte Tierhaltung und Tierschutz in Prüfung. Sollte es noch vor 2033 Lösungen geben, so ist ein vorzeitiger Komplettausstieg zu begrüßen, jedoch ist auch auf die Planungssicherheit der Landwirtinnen und Landwirte Rücksicht zu nehmen und so sind diese in die Entscheidung miteinzubeziehen. Ein vorzeitiger Komplettausstieg ist aus unserer Sicht somit nur möglich, wenn die Landwirtschaft damit auch nicht zusätzlich belastet oder gar überrumpelt wird.

Frage II.2.: Keine eindeutige Position, weil Im Bereich der Schlachttiertransporte sind aus unserer Sicht längst überfällige Anpassungen vorzunehmen. Bereits letztes Jahr haben wir im Zuge unserer Regierungsbeteiligung die Initiative ergriffen und die Konditionen bzgl. der Lebedtiertransporte verbessert, in dem wir im Rahmen unserer gesetzlichen Möglichkeiten den Transport von Lebedtieren ab einer bestimmten Temperatur stark eingeschränkt hat, um den Tieren unnötiges Leid zu ersparen.

Mittlerweile hat man auch auf EU-Ebene eingesehen, dass hier dringender Reformbedarf besteht, jedoch wurde bis dato nur davon gesprochen und wenig bis gar nichts umgesetzt. Seit Dezember 2018 liegen dem dafür zuständigen Ausschuss für Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung 39 Vorschläge vor, die umgesetzt werden sollten. Gefordert werden u.a. die Aktualisierung und Verbesserung der Vorschriften über die Belüftung und Kühlung aller Fahrzeuge, angemessene Tränksysteme, den Transport nicht transportfähiger Tiere, eine Erhöhung des Mindestkopfraumes, sowie einen verringerten Viehbesatz. Bis dato wurden weder Lösungen, noch Änderungsvorschläge oder Bestrebungen in solch eine Richtung erkennbar.

Wir sprechen uns in Bezug auf den Transport von Tieren über die österreichische Landesgrenze hinaus, welche zur Schlachtung vorgesehen sind, für ein Verbot aus. Den Tieren soll durch dieses Verbot tagelange Fahrten erspart werden und unnötiges Tierleid verhindert werden. So muss hier auch ein Konzept erarbeitet werden, den inländischen Transport von Schlachttieren so kurz wie nur möglich zu halten, ohne damit der Landwirtschaft und unseren Bäuerinnen und Bauern wirtschaftlich zu schaden. Denn diese haben bis dato bei allen Maßnahmen, die in der Landwirtschaft in Bezug auf Tierschutz getroffen wurden, die Hauptlast getragen und wurden so teilweise dazu gezwungen aus wirtschaftlichen Gründen ihren Betrieb aufzulösen. Dies soll nicht passieren. Denn wir sind stolz darauf, eines der Vorzeigeländer in Bezug auf die Selbstversorgung zu sein.



Den Transport von Zuchttieren sehen wir hier nicht als problematisch an, da ein hoher Wert daraufgelegt wird, dass das Tier auch „unbeschädigt“ am Zielort ankommt, um keinen Preisverlust in Kauf nehmen zu müssen. Daraus ergibt sich, dass die Bedingungen des Transportes von Zuchttieren hier keiner Änderung bedürftig sind).

Frage II.3.a): Ja, weil/indem wir Wir befürworten eine klare und durchgängige Herkunftskennzeichnung und dazu zählt auch die Kennzeichnung für Eier in verarbeiteten Produkten. Das war uns auch im Zuge unserer Regierungsbeteiligung ein wichtiges Anliegen und Teil unseres Regierungsprogramms, welcher aber leider aufgrund des vorzeitigen Aus nicht mehr umgesetzt werden konnte. Dieses Thema wird aber weiterhin auf unserer Agenda bleiben und zielstrebig verfolgt werden.

Frage II.3.b): Ja, weil/indem wir Wir befürworten eine klare und durchgängige Herkunftskennzeichnung und dazu zählt auch die Kennzeichnung für Fleisch und Milch in verarbeiteten Produkten. Auch das war ein Punkt unseres Regierungsprogramms, welcher aber leider ebenso aufgrund des vorzeitigen Aus nicht mehr umgesetzt werden konnte. Dieses Thema wird aber weiterhin auf unserer Agenda bleiben und zielstrebig verfolgt werden.

Frage II.4.: Keine eindeutige Position, weil Die Förderung der Regionalisierung im öffentlichen Bereich, vor allem im Bereich des Beschaffungswesens, ist uns ein wichtiges Anliegen. Diese aber lediglich an Tierschutzstandards zu knüpfen sehen wir als zu einseitig an.

Frage III.1.: Ja, weil/indem wir Die Novelle Tierschutzgesetzes im Jahr 2017 hatte gute Ansätze, um den Kampf gegen den illegalen Welpenhandel und dadurch auch gegen Qualzuchten oder gegen horrende Haltungsumstände aufzunehmen, jedoch zeigte die Umsetzung relativ schnell viele Probleme auf. Aus unserer Sicht ist das Anbieten von Tieren im Internet vor allem für Tierschutzvereine von wichtiger Bedeutung und so müssen hier bestehende Maßnahmen überarbeitet und adaptiert werden sowie weitere Maßnahmen gesetzt werden, die dazu führen, dass nur seriöse und autorisierte Menschen, Züchter, Vereine etc. online Tiere zur Weitergabe anbieten dürfen.

Frage III.2.: Keine eindeutige Position, weil Qualzuchten sind ein großes Problem, wobei wir uns hier klar und deutlich gegen ein Verbot bestimmter Rassen und so auch gegen eine Diskriminierung dieser aussprechen. Hier muss auf Ebene der autorisierten Züchter angesetzt und Lösungen in Bezug auf die Zuchtmerkmale gefunden werden.



Frage IV.1.: Ja, weil/indem wir Bereits während unserer Regierungsbeteiligung haben wir dieses Thema in Angriff genommen, um im Sinne von mehr Tier- aber auch Konsumentenschutz Klarheit über die Tierart, Herkunft und Haltungsbedingungen zu schaffen. Leider war die Umsetzung dieser Änderung aufgrund des vorzeitigen Aus der Koalition nicht mehr möglich, jedoch werden wir uns hier weiterhin dafür einsetzen.

Frage V.1.: Nein, weil Das Fiaker-Gewerbe ist eines der ältesten und traditionsreichsten in Österreich und zählt zu einem der höchsten Kulturgüter. Natürlich ist hier mit der Zeit zu gehen und so sind Maßnahmen wie ein Fahrverbot ab einer gewissen Temperatur und entsprechende Unterstände sowie ausreichend Wasser etc. umzusetzen bzw. zu gewährleisten, gleich wie auch die Einhaltung aller tierschutzrechtlichen Bestimmungen sichergestellt sein muss und sich so adäquate Mindestanforderungen in Bezug auf das Tierwohl als Standard etablieren müssen.

### NEOS – Das Neue Österreich (NEOS):

Frage I.1.: Ja, weil wir die Unterscheidung zwischen Tierheimen und sonstigen mildtätigen Organisationen, die sich für Tiere einsetzen, nicht für fair halten.

Frage I.2: Nein, weil Nutztiere im Gegensatz zu den bereits verbotenen Wildtieren an die Haltung in Gefangenschaft gewöhnt sind. Allerdings sind wir für eine strenge Auslegung und ggf. Verschärfung der Haltungs- und Dressurbedingungen zu haben.

Frage II.1.a): Ja, weil wir grundsätzlich für die Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Nutztiere eintreten. Dazu wäre eine Novelle des Tierschutzgesetzes anzustreben, den entsprechenden Antrag im Nationalrat haben wir unterstützt.

Frage II.1.b): Ja, weil wir grundsätzlich für die Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Nutztiere eintreten. Dazu wäre eine Novelle des Tierschutzgesetzes anzustreben, den entsprechenden Antrag im Nationalrat haben wir unterstützt. Allerdings ist wichtig, dass vor allem kleine landwirtschaftliche Betriebe bei der Umstellung zu unterstützen, sodass eine qualitativ hochwertige Produktion in Österreich erhalten bleibt und nicht stattdessen Fleisch mit niedrigeren Standards importiert wird.



Frage II.1.c): Keine eindeutige Position, weil wir zu diesem Thema bisher über keinen konkreten Zeitplan verfügen, allerdings befürworten wir prinzipiell Maßnahmen um dieses Ziel vorher zu erreichen. So treten wir etwa für eine Ökologisierung der landwirtschaftlichen Förderpolitik ein, die Förderungen an strenge Tierschutzstandards bindet.

Frage II.2.: Ja, wobei wir finden, dass dieses Thema tierschutzrechtlich und nicht exportrechtlich gelöst werden sollte. Eine Einschränkung des freien Warenverkehrs ist für uns kein taugliches Instrument, solange nicht die grundlegenden Haltungsbedingungen von Nutztieren verbessert wurden. Anzumerken ist auch, dass durch unser Modell für eine Ökologisierung des Steuersystems Transporte grundsätzlich teurer werden und lokale Nahrungsmittelproduktion einen Wettbewerbsvorteil erhält.

Frage II.3.a): Ja, weil wir für größtmögliche Transparenz der Lebensmittelindustrie gegenüber den Konsument\_innen eintreten. Für Kleinbetriebe sollte es aber Ausnahmen geben, um das ohnehin hohe Bürokratieniveau nicht zu verstärken.

Frage II.3.b): Ja, weil wir für größtmögliche Transparenz der Lebensmittelindustrie gegenüber den Konsument\_innen eintreten. Für Kleinbetriebe sollte es aber Ausnahmen geben, um das ohnehin hohe Bürokratieniveau nicht zu verstärken.

Frage II.4.: Ja, weil wir grundsätzlich für die Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Nutztiere und für größtmögliche Transparenz der Lebensmittelindustrie gegenüber den Konsument\_innen eintreten. Das Vergaberecht ermöglicht solche Beschaffungskriterien allerdings bereits, weshalb dies ein Thema des Vollzuges, und nicht des Parlamentes ist.

Frage III.1.: Ja, allerdings ist das durch die Novelle des Tierschutzgesetzes 2017 bereits umgesetzt, dass nur mehr behördlich registrierte Züchter Tiere online anbieten können. Nach wie vor auftretende Probleme sind daher im Rahmen des Vollzuges zu lösen und sind nicht unbedingt Angelegenheit des Parlamentes.

Frage III.2.: Ja, solange veterinärmedizinische Evidenz verfügbar ist. Die wissenschaftliche Diskussion dazu ist allerdings noch nicht abgeschlossen.

Frage IV.1.: Ja, weil wir grundsätzlich für die Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Nutztiere und für größtmögliche Transparenz der Pelzindustrie gegenüber den Konsument\_innen eintreten.



Frage V.1.: Nein, nicht grundsätzlich, weil Pferde seit Jahrtausenden als Zugtiere eingesetzt werden und spezialisierte Zuchttiere die gängigen Belastungen dementsprechend gut vertragen. Allerdings sind wir für eine strenge Auslegung und ggf. Verschärfung der Fahrbedingungen im Sinne der Tiergesundheit zu haben, dies allerdings muss für Gesamtösterreich eingeführt werden und nicht nur für innerstädtische Gebiete (z.B. Fahrverbot bei großer Hitze auch am Land).

**Die Grünen – Die Grüne Alternative (GRÜNE):**

Frage I.1.: Ja, indem wir eine Gesetzesänderung im Nationalrat beantragen - wie wir das auch schon einmal gemacht haben.

Frage I.2: Ja, weil Tiere keine Akrobaten sind und in Zirkussen nicht artgerecht gehalten werden können.

Frage II.1.a): Ja In unserer Stellungnahme zur 1. Tierhalteverordnung haben wir bereits festgehalten: Bei der Ferkelkastration ist unstrittig, dass die Ferkel dabei erhebliche Schmerzen und Stress empfinden. Dass die Kastration von Ferkeln, die nicht älter als 7 Tage sind, auch weiterhin ohne Betäubung möglich ist und hierfür nicht einmal ein Zeitraum für eine Übergangsfrist definiert wird, ist nicht nachvollziehbar. Dies ist in anderen EU-Staaten durchaus der Fall. Beispielsweise soll in Deutschland, laut dem deutschen Tierschutzgesetz, ab dem Jahr 2021 das Kastrieren von Ferkeln ohne Betäubung nicht mehr zulässig sein. Eine Fristsetzung bis zum Aus der betäubungslosen Kastration ist auch in Österreich vorzunehmen. Zudem muss vermehrt an praktikablen Alternativen geforscht werden, da die derzeitigen noch nicht ausgereift, sehr teuer sind oder aber auch zu gesundheitlichen Belastungen der Bäuerinnen und Bauern führen können.

Frage II.1.b): Ja, indem wir uns im Nationalrat auch weiterhin für ein solches Verbot stark machen. Vollspaltenböden dienen allein zur Profitmaximierung, sind das Gegenteil von artgerechter Tierhaltung und müssen so schnell wie möglich der Vergangenheit angehören. Unser Ziel ist, dass jedes Schwein in Österreich auf Stroh gehalten werden muss.

Frage II.1.c): Ja, weil diese Praxen grausam sind. Wir werden dazu Initiativen im Nationalrat setzen und haben uns bereits 2012 für ein vollständiges Verbot ausgesprochen.



Frage II.2.: Ja, indem wir uns sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene dafür stark machen. So konnten wir letztes Jahr im Europäischen Parlament einen Tiertransportbericht verabschieden, der sich gegen diese Praktiken stellt. Wir haben auf Länderebene für einen Stopp der Kälbertransporte nach Italien und Spanien gekämpft. Wir werden weiterhin daran arbeiten, dass der Transport lebender Tiere auf ein absolutes Minimum begrenzt wird und sich die Transportbedingungen massiv verbessern.

Frage II.3.a): Ja, weil/indem wir das im Nationalrat beantragen - wie wir es schon seit April 2005 laufend tun. Wir haben bereits mehrmals die ehemaligen Bundesregierungen aufgefordert, sich für eine EU-weite Regelung einzusetzen, aber auch diesbezügliche Maßnahmen in Österreich zu setzen. Leider wurden unsere Anträge immer wieder vertagt.

Frage II.3.b): Ja, indem wir sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene immer wieder für diese Kennzeichnungspflicht eintreten. Zuletzt haben alle Parteien im Europawahlkampf Bereitschaft gezeigt, eine Herkunftskennzeichnung von Fleisch in der Gastronomie umzusetzen, dieses Versprechen aber noch nicht umgesetzt. Wir hoffen auf erfolgreiche Verhandlungen nach der Nationalratswahl. Eine Kennzeichnungspflicht würde endlich für Transparenz sorgen und jene Betriebe unterstützen, die Produkte anbieten, die unter Einhaltung von Tierwohlstandards erzeugt wurden.

Frage II.4.: Ja. Wir wollen, dass öffentliche Institutionen, wie Krankenhäuser, Schulen und Kantinen sich verpflichten, biologisch und regional hergestellte Lebensmittel, die unter Einhaltung von Tierwohlstandards produziert wurden, zu beziehen und damit für eine konstante Nachfrage sorgen.

Frage III.1.: Ja. Selbstverständlich sind wir dafür, dass EU-weit nur mehr registrierte Tiere angeboten und verkauft werden dürfen und werden uns auch dafür einsetzen. Wir wollen aber auch generell die Impulskäufe von Tieren reduzieren, deshalb sind wir auch für ein Verbot des Verkaufs von Hunden und Katzen im Zoofachhandel, haben dies im Nationalrat bei der vergangenen Tierschutzgesetznovellierung auch beantragt und werden die Forderung weiter vertreten.

Frage III.2.: Ja. Wir Grünen setzen uns für ein sofortiges Ende der Qualzuchten ein.

Frage IV.1.: Ja, weil volle Transparenz durch Kennzeichnung die Voraussetzung für ein verantwortungsvolleres Handeln der Konsument\*innen ist.



Frage V.1.: Ja. Pferde sind im Straßenverkehr gefährdet und sollten nicht eingesetzt werden. Besonders die aufgrund des Klimawandels immer höheren Temperaturen im Sommer sind für die Tiere qualvoll. Diese Praxis muss daher sofort beendet werden. Moderne Elektro-Kutschen stellen eine tierschutz- und umweltfreundliche Alternative zu Pferdekutschen dar.

### **JETZT – Liste Pilz (JETZT):**

Frage I.1.: Ja, weil/indem wir: Das steht bereits prominent im Tierschutzprogramm. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Tierschutzorganisationen, die sich im Sinne der Allgemeinheit gemeinnützig engagieren, von der Spendenabsetzbarkeit ausgenommen sein sollen. Konkret wird das zum ehest möglichen Zeitpunkt von der Liste JETZT im Parlament thematisiert und nach Vorgesprächen mit anderen Parteien möglichst bald beantragt.

Frage I.2: Ja, weil/indem wir: Dieser Punkt ist zwar nicht im Tierschutzprogramm der Liste JETZT enthalten, aber er ist legitim. Zwar war es vorrangig wichtig, die Wildtierhaltung im Zirkus zu verbieten, weil diese besondere Anforderungen an die Haltung stellt, wie das bei Haustieren nicht gegeben ist, aber dennoch ist es eine unnötige Belastung für jedes Tier, in einem Zirkus aufzutreten. Abgesehen davon widerspricht es der Würde der Tiere und vermittelt insbesondere den Kindern, die sich das ansehen, ein falsches Bild von Tieren und dem Umgang mit ihnen. Ja, es wäre definitiv auch wichtig, ein generelles Tierverbot in Zirkussen zu erreichen.

Frage II.1.a): Ja, weil/indem wir: Die betäubungslose Kastration männlicher Ferkel ist ein Thema, das unbedingt angegangen werden muss. Laut Auskunft des Landwirtschaftsministeriums kostet die Betäubung und Kastration durch einen Tierarzt/eine Tierärztin lediglich € 6 pro Ferkel. Es kann doch nicht sein, dass einem reichen Land wie Österreich ein derartiger Preis zu hoch ist! Die Abgeordnete Daniela Holzinger von der Liste JETZT hat einen Antrag auf Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration gestellt, dem sich nur die ÖVP und die FPÖ widersetzen. Am 25. September besteht eine weitere Chance, diesem Antrag zuzustimmen. Das Thema wird in jedem Fall weiter von der Liste JETZT im Parlament aufgegriffen werden.

Frage II.1.b): Ja, weil/indem wir: Auf jeden Fall. Auch hier hat Daniela Holzinger einen entsprechenden Antrag bereits im Parlament eingebracht. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber auch zu betonen, dass der Platz pro Schwein mindestens verdoppelt werden muss, und dass eine verpflichtende Stroheinstreu zu fordern ist. Beides ist im Antrag von Frau Holzinger enthalten.



Frage II.1.c): Ja, weil/indem wir: Das „Verbot“ der Kastenstände, das 2012 beschlossen wurde, hat tatsächlich einige Wermutstropfen. Tatsache ist, dass die jetzt weiterhin erlaubte Haltung „in den kritischen Tagen um die Geburt“ genau in jene Zeit fällt, in denen das hochschwängere Mutterschwein unmittelbar vor der Geburt ein Nest bauen will und dabei durch den Kastenstand brutal eingeschränkt wird. Dazu kommt, dass eine Kontrolle des Verbots nahezu unmöglich ist, wenn ein aufklappbarer Kastenstand in den Abferkelbuchten steht. Daher ist es unbedingt notwendig, dieses Verbot nachzuschärfen und ein Totalverbot des Kastenstands anzupeilen.

Frage II.2.: Ja, weil/indem wir: Das ist ein ganz wichtiger Teil des Tierschutzprogramms der Liste JETZT. Der Export in Drittstaaten muss sofort verboten werden, weil dort die Einhaltung auch nur irgendwelcher Tierschutzstandards nicht mehr garantiert werden kann. Aber auch die Tiertransporte innerhalb der EU müssen eingeschränkt werden. Ideen dazu wären: kein Transport von Tieren, die noch nicht von der Muttermilch entwöhnt wurden, Transport von Schlachttieren nur zum nächsten geeigneten Schlachthof, mehr Platz im Transport, kein Transport ohne geeignete Tränkevorrichtungen und kürzere Fahrtzeiten mit einer absoluten Maximalfahrtdauer, die nicht überschritten werden darf.

Frage II.3.a): Ja, weil/indem wir: Unbedingt, ein ganz wichtiger Punkt des Tierschutzprogramms der Liste JETZT. Die Regierung hat sich ja in der letzten Legislaturperiode geweigert, die Gastronomie in die Pflicht zu nehmen, dabei gibt es dort die größten Billigfleischimporte. Idealerweise sollte die Kennzeichnung von Herkunft und Haltung nicht nur verpflichtend sein, sondern es sollte auch ein Foto von der Haltungsform auf den Tierproduktpackungen abgebildet sein müssen, ähnlich wie bei den Zigaretten.

Frage II.3.b): Ja, weil/indem wir: Auf jeden Fall, siehe Antwort oben.

Frage II.4.: Ja, weil/indem wir: Auch das ist zentral im Tierschutzprogramm der Liste JETZT verankert. Es ist nicht nachvollziehbar, warum von den Bürgern und Bürgerinnen erwartet wird, mehr Geld für eine bessere Tierhaltung zu zahlen, aber der Staat selbst verwendet in seinen Großküchen nur die billigsten Massentierhaltungsprodukte. Das muss jedenfalls ehestmöglich enden.

Frage III.1.: Ja, weil/indem wir: Durch das Zurückdrängen des innerösterreichischen Jungtierhandels ist der Damm für derartige illegalen Importe gebrochen. Es ist sehr wichtig, gegen dieses Tierleid einzuschreiten. Dabei darf aber nicht verhindert werden, dass idealistische Menschen Tiere aus

z.B. Tötungsstationen in anderen Ländern retten und in Österreich ohne kommerzielles Interesse vermitteln. Es muss hier klar differenziert werden, ob es sich um ein kommerzielles Interesse handelt und Zuchttiere verkauft werden, oder ob jemand aus Idealismus Tiere in Not gerettet hat.

Frage III.2.: Ja, weil/indem wir: Qualzuchten müssen unbedingt genau definiert und explizit verboten werden. Das Tierschutzgesetz verbietet Qualzuchten an und für sich, nur wird es sehr lax ausgelegt, weil keine genaueren Bestimmungen vorliegen. Insbesondere ist dieses Problem bei Nutztieren virulent, wo definitiv Qualzuchten verwendet werden, die zu immensem Tierleid führen, aber keine Behörde überhaupt nur daran denkt, einzuschreiten.

Frage IV.1.: Ja, weil/indem wir: Nachdem ja bereits seit 1998 die Pelzfarmen in Österreich verboten sind, ist eine genaue Deklarationspflicht längst überfällig. Es ist doch widersinnig, dass ein Produkt importiert werden darf, das hierzulande gar nicht hergestellt werden darf! Zusätzlich zur genauen Deklaration sollte es auch Handelsverbote mit Tierpelz geben, z.B. auf Märkten, wie bereits in Wien. International haben schon viele Städte derartige Handelsverbote eingeführt.

Frage V.1.: Ja, weil/indem wir: Leider unterliegen die Fiaker den Landesgesetzen, was eigentlich widersinnig ist. Seit 2005 ist Tierschutz Bundessache und deshalb sollten sämtliche Gesetze, die vom Umgang mit Tieren handeln, Bundessache sein. Das wäre neben den Fiakern auch die Jagd und der Singvogelfang. Die Liste JETZT tritt jedenfalls dafür ein, die Fiaker aus dem innerstädtischen Bereich in Grünflächen zu verbannen, idealerweise durch ein Bundesfiakergesetz.

#### **Alternative Listen, KPÖ Plus, Linke und Unabhängige (KPÖ):**

Frage I.1.: Ja, auch für Organisationen in diesem Bereich des Tierschutzes soll es möglich werden, unter die Spendenabsetzbarkeit zu fallen.

Frage I.2: Keine eindeutige Position, weil wir in anderen Fragen auf Positivlisten und Verbesserungen von Haltungsbedingungen setzen. Wir sind für die Diskussion und Argumente offen und müssen unsere Position dazu klären.

Frage II.1.a): Ja, weil es tagtäglich Tierleid verursacht und ein Verbot höchst an der Zeit ist. Es gibt Alternativen.



Frage II.1.b): Ja, weil unsere Haltung dazu ist: Tiere sollen artgerecht, ihren Bedürfnissen entsprechend gehalten werden. Dazu braucht es gezielte Förderungen, Transparenz bei der Herstellung tierischer Produkte, hohe europaweite Tierschutzstandards und einen Umdenkprozess im Konsumverhalten.

Frage II.1.c): Ja. Wir sind als außerparlamentarische Oppositionspartei weitestgehend darauf beschränkt, in Tierschutzfragen Position zu beziehen. Wir werden in dieser Frage auch nach der Wahl bei unserer Haltung bleiben.

Frage II.2.: Ja. Zudem müssen überlange Tiertransporte durch gesetzliche Beschränkung der Transportstrecke und andere Maßnahmen, wie z.B. das Forcieren des Umstiegs auf Zweinutzungsrasen bei Rindern, verhindert werden.

Frage II.3.a): Ja, weil KonsumentInnen auch hier Transparenz brauchen.

Frage II.3.b): Ja, weil Transparenz bei der Herstellung tierischer Produkte wichtig ist.

Frage II.4.: Ja, weil wir neben der Vorbildfunktion des öffentlichen Sektors auch an die Qualität der Lebensmittel z.B. in Krankenhäusern und Schulkantinen denken.

Frage III.1.: Ja, weil wir das für wichtig halten um den illegalen Welpenhandel zu bekämpfen und eine EU-weite Chip und Registrierungspflicht wollen. Privatpersonen und kleinen Tierhilfevereinen soll das Vermitteln von Tieren über das Internet wieder ermöglicht werden.

Frage III.2.: Ja.

Frage IV.1.: Ja.

Frage V.1.: Ja, weil wir den Trubel einer Innenstadt für diese Fluchttiere für unzumutbar halten und wir eine Auslagerung in ruhigere Parkanlagen wollen. In Wien setzt sich die KPÖ im Rahmen der Wahlallianz Wien Anders dafür ein.





**Wandel – Aufbruch in ein gemeinwohlorientiertes Morgen mit guter Arbeit, leistbarem Wohnen und radikaler Klimapolitik. Es gibt viel zu gewinnen. (WANDL):**

Frage I.1.: Ja, weil politische Grundsatzarbeit für den Tierschutz gefördert werden muss – generell setzen wir uns für eine Erweiterung der Spendenabsetzbarkeit für Organisationen ein, die das Gemeinwohl (für Mensch, Tier und Umwelt) fördern.

Frage I.2: Ja, weil Tiere nicht für unser Vergnügen gequält werden dürfen. Gerne unterstützen wir Aktionen zu diesem Thema, um die Aufmerksamkeit für das Problem zu erhöhen.

Frage II.1.a): Ja, weil qualvolle Praktiken der Tierhaltung zwecks Kostenminimierung nicht akzeptabel sind. Bei diesem Thema sollten alle Abgeordneten des österreichischen Parlaments zu einer klaren öffentlichen Position gedrängt werden, um den Druck zu erhöhen. Gesetzesvorschläge für ein Verbot gibt es bereits; jetzt geht es darum, dafür auch eine Mehrheit zu bewirken.

Frage II.1.b): Ja, aus dem selben Grund.

Frage II.1.c): Keine Angabe, weil wir aktuell nicht im Parlament vertreten sind.

Frage II.2.: Ja, weil Tiertransporte sowohl aus ökologischen wie aus tierrechtlichen Gründen reduziert werden müssen; wir treten für eine maximale Kilometerzahl ein, die Tiere transportiert werden dürfen, um lange Transportwege unrentabel zu machen. Gerne hätten wir auch eine Diskussion darüber, Fleischimporte aus außereuropäischen Drittstaaten überhaupt zu verbieten.

Frage II.3.a): Ja. KonsumentInnen müssen das Recht haben, ethische Kaufentscheidungen treffen zu können. Ziel muss aber sein, Käfighaltung und Import von Eiern und Produkten aus Käfighaltung überhaupt zu verbieten.

Frage II.3.b): Ja, aus dem selben Grund.

Frage II.4.: Ja, weil der Staat eine Vorreiterrolle übernehmen muss. Tragisch genug, dass das heute noch nicht der Fall ist.

Frage III.1.: Ja, weil der Staat eine Vorreiterrolle übernehmen muss. Tragisch genug, dass das heute noch nicht der Fall ist.



Frage III.2.: Ja, weil Tierquälerei zum Vergnügen keinen Platz in Österreich haben darf.

Frage IV.1.: Ja, weil nicht hinter der Schweiz zurückbleiben dürfen.

Frage V.1.: Ja, weil Tierquälerei zum Vergnügen keinen Platz in Österreich haben darf.

### **Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei (ÖVP):**

\*Anmerkung: Die ÖVP hat unseren Fragenkatalog nicht ausgefüllt, sondern ein allgemeines Statement zu einzelnen Themen geschickt:

Österreich ist in Europa und in der Welt ein Vorreiter im Tierschutz. Das gilt es auch in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Tiere – egal ob Nutz- oder „klassische“ Haustiere – sollen in unserem Land würdevoll behandelt werden. Unsachgemäße Haltung und Quälerei dürfen bei uns keinen Platz haben! Verbesserungen im Tierschutz kann und muss es auch in Zukunft in Österreich geben. Aber es bedarf aller Beteiligten, diese Verbesserungen auch mitzutragen: Die Bäuerinnen und Bauern, den Lebensmittelhandel und vor allem die Konsumentinnen und Konsumenten. Reden wir über Tierwohl und Tierschutz, aber führen wir eine ehrliche Diskussion und verkaufen wir die Leistungen unserer heimischen Landwirtschaft nicht unter ihrem Wert. Schwarze Schafe und illegale Handlungen im Tierbereich sind die Ausnahme und gehören jedenfalls verfolgt. Damit hat der durchschnittliche heimische Landwirt nichts zu tun!

Tierschutzstandards - Tiertransporte Als Volkspartei wollen wir diese hohen österreichischen Tierschutzstandards auch auf europäischer Ebene etablieren und dazu beitragen, dass Tierschutz auch in anderen Mitgliedsstaaten der EU einen höheren Stellenwert erfahren. Gerade im Bereich der Tiertransporte beispielsweise drängt Österreich seit Jahren auf eine Verbesserung der einschlägigen EU-Tiertransport-Verordnung. Österreich ist in Europa hier Vorreiter. Das Tiertransportgesetz 2007 bestimmt für Tiertransporte innerhalb Österreichs grundsätzlich eine Höchstdauer von 4,5 Stunden, EU-weit ist eine Grenze von 8 Stunden vorgesehen. Wir setzen uns weiters dafür ein, den Export von lebenden Tiertransporten in Drittstaaten zu verbieten. Allerdings muss zwischen Zuchttransporten und Nutztiertransporten unterschieden werden. Erstere sind wichtiger Bestandteil des



heimischen Zuchtsektors und der Erzeugergemeinschaften. Unter Einhaltung hoher europäischer und insbesondere österreichischer Standards soll dies auch in der Zukunft möglich sein.

**Tierhaltung und Erzeugung** Zum Ausbau und zur Förderung tierfreundlicher und artgerechter Haltung in Österreich gibt es mehrere Maßnahmenpakete. Tierfreundliche Stallungen bei Neu- und Umbauten, Strohhaltung von Schweinen und Mastrindern sowie die Weidehaltung von Rindern, Schafen und Ziegen werden in Österreich durch Förderungen besonders unterstützt. Auch die biologische Erzeugung genießt eine besondere Förderung. In Österreich haben wir im internationalen Vergleich sehr kleine Betriebe, von denen die meisten familiengeführt sind. Diese Form der Erzeugung gilt es zu erhalten und durch vielfältige Maßnahmen zu unterstützen. Zur Stärkung dieser regionalen Wertschöpfung muss die heimische Landwirtschaft gestärkt werden. Deshalb wurde zum Beispiel bereits in der letzten Regierung das Vergabegesetz dahingehend geändert. Der Fokus liegt nun verstärkt auf regionalen und österreichischen Produkten, welche gegenüber Produkten aus dem EU-Ausland oder aus Drittstaaten weit höhere Tierschutzstandards aufweisen, sowie auf biologischen Produkten.

**Lebensmittelkennzeichnung und Konsum** Wir sehen es ebenso als Recht der Konsumenten, genau zu wissen, woher ihre Lebensmittel kommen und was genau in ihnen enthalten ist. Als Volkspartei stehen wir hinter der heimischen Landwirtschaft, die regionale Produkte von höchster Qualität produziert und eine wichtige Stütze für den ländlichen Raum ist. Wir wollen daher eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Fleisch, Milch und Eier in verarbeiteten Produkten, seien es Fertigprodukte aus dem Supermarkt oder

Mittagsmenüs aus Großküchen. Diese Transparenz soll die Verwendung von weit importierten Billigzutaten wie beispielsweise ukrainischer Käfigeier offenlegen und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der hochwertigen heimischen Produkte erhöhen. Beim Fleischkonsum geht es uns vor allem darum, das Bewusstsein für regionales Fleisch und den bewussten Konsum zu stärken. Ein bewusster Fleischkonsum ist sowohl im Interesse des Klimaschutzes als auch im Sinne des Tierschutzes und der Gesundheitsförderung.

Die Angaben in diesem Dokument basieren auf Selbstauskunft der Kandidaten und Parteien in Antwort auf einen Fragebogen, der von VIER PFOTEN ausgesendet wurde. Der Inhalt dieses Dokuments entspricht daher nicht zwingend der Meinung von VIER PFOTEN.

Impressum:

VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz – gemeinnützige Privatstiftung

Linke Wienzeile 236 | 1150 Wien | T. +43-1-895 02 02-0

[www.vier-pfoten.at](http://www.vier-pfoten.at) | [office@vier-pfoten.at](mailto:office@vier-pfoten.at)

Mehr Menschlichkeit für Tiere

